

Offener Brief
an die deutschen Abgeordneten des
Umweltausschusses (ENVI) des Europäischen Parlaments

5. Juli 2013

**Richtungsentscheidung Agrarkraftstoffe –
Hunger und Klimawandel bekämpfen!
Reform der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und
der Kraftstoff-Qualitäts-Richtlinie**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In der kommenden Woche werden Sie im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments eine richtungsweisende Entscheidung über die Zukunft der europäischen Agrarkraftstoffpolitik treffen. Wir fordern Sie auf, diese einmalige Chance zu nutzen, um die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

Es sind vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern, die unter den Folgen der Agrarkraftstoffpolitik der Europäischen Union leiden: Hunger und Armut nehmen zu, wenn Nahrungsmittelpreise infolge der Konkurrenz um knappe Anbauflächen, Wasser und Rohstoffe steigen. Oft kommt es zu Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen bei der Erschließung neuer Flächen für den Anbau von Energiepflanzen. Agrarkraftstoffe leisten zudem in vielen Fällen keinen Beitrag zum Klimaschutz, weil der erhöhte Bedarf an Anbauflächen über Verdrängungseffekte andernorts zur Zerstörung von Regenwäldern und anderen Ökosystemen führt.

Eine Fortsetzung der gegenwärtigen europäischen Agrarkraftstoffpolitik wäre gegenüber den jetzt schon von Hunger und Unterernährung betroffenen Menschen in den Entwicklungsländern verantwortungslos und stünde der globalen Herausforderung, den Klimawandel so weit wie möglich zu begrenzen, entgegen. In diesem Sinne fordern wir Sie dringend auf, bei der Abstimmung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments am 11. Juli 2013 für solche Änderungsanträge zu stimmen, die darauf abzielen,

- **den weiteren Ausbau jener Agrarkraftstoffe zu stoppen, die mit der Nahrungsmittelproduktion in Konkurrenz stehen.** Das bedeutet insbesondere, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene 5-Prozent-Deckelung für solche Agrarkraftstoffe nicht erhöht, sondern abgesenkt wird,
- **die Rechte der Menschen in Anbaubereichen von Energiepflanzen und die Nachhaltigkeitskriterien für Agrarkraftstoffe zu stärken,**
- **die vollständigen Treibhausgasemissionen von Agrarkraftstoffen in die Klimabilanz einzubeziehen,** einschließlich der Emissionen aus indirekter Landumwandlung (ILUC, indirect land use change).



Die erheblichen Probleme der weltweiten Ausweitung der Produktion und Verwendung von Agrarkraftstoffen und die damit verbundenen Verdrängungseffekte haben viele internationale Organisationen, darunter die FAO, die Weltbank, die OECD, das IFPRI und andere in der Vergangenheit dazu bewogen, an die Europäische Union und damit auch an Sie als Abgeordnete des Europäischen Parlaments zu appellieren, die Förderung der Agrarkraftstoffe etwa durch Ausbau- oder Beimischungsziele zu beenden.

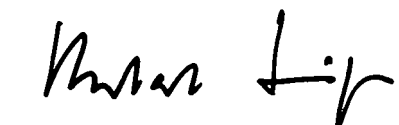
Wir fordern Sie auf, diese dringenden Empfehlungen ernst zu nehmen und die verantwortungslose Agrarkraftstoffpolitik der EU zu korrigieren, die gegenwärtig Menschen an vielen Orten in Hunger und Armut treibt sowie den Klimawandel weiter beschleunigt. Am 11. Juli 2013 haben Sie im Umweltausschuss dazu eine einmalige Gelegenheit.

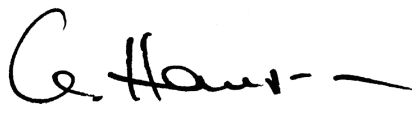


Mit freundlichen Grüßen


Jan Plagge
Präsident Bioland


Dr. Felix Prinz zu Löwenstein
Vorsitzende BÖLW


Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND


Ute Hausmann
Geschäftsführerin FIAN


Brigitte Behrens
Geschäftsführerin Greenpeace


Arndt von Massenbach
Geschäftsführer INKOTA-netzwerk


Tim Dreyhaupt
Bundesleiter KJG

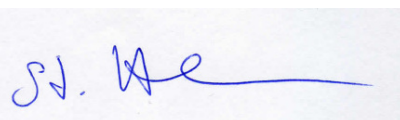

Daniel Steiger
Bundesvorstand KLJB


Dr. Bernd Bornhorst
Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik
MISEREOR


Steffen Reese
Geschäftsführer Naturland

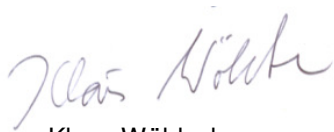

Marion Lieser
Geschäftsführerin Oxfam


Klaus Schenck
Rettet den Regenwald


Stefanie Hess
Robin Wood


Michael Ziesak
Vorsitzender VCD


Dr. Rafaël Schneider
Stv. Leitung Politik und Außenbez.
Deutsche Welthungerhilfe


Klaus Wöldecke
Geschäftsführerin
Weltladen-Dachverband